

Dr. Wiebke Esdar, MdB  
Timon Gremmels, MdB  
Elisabeth Kaiser, MdB  
Elvan Korkmaz, MdB  
Helge Lindh, MdB  
Siemtje Möller, MdB



Falko Mohrs, MdB  
Josephine Ortleb, MdB  
Johannes Schrapf, MdB  
Michael Schrodi, MdB  
Dr. Manja Schüle, MdB  
Marja-Liisa Völlers, MdB

## **Arbeit von morgen**

### **1. Wo wir stehen**

Unsere Arbeitswelt steht vor großen Herausforderungen. Globalisierung, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz verändern sie in großer Geschwindigkeit. Alte Jobs gehen verloren und neue entstehen. Das schafft Verunsicherung, kann aber auch eine Chance sein.

Die SPD ist die Partei der Arbeit. Daher sind wir besonders gefordert, Antworten auf diese Zukunftsfragen zu finden. Uns eint dabei die Überzeugung, dass alle Menschen eine Aufgabe suchen, um ihr Leben sinnvoll zu gestalten und gesellschaftliche Anerkennung zu bekommen. In jedem und jeder stecken Neugier, Mut und Fleiß. Um mit dieser Gewissheit die Zukunft glaubhaft gestalten zu können, müssen wir verlorenes Vertrauen zurückgewinnen und unsere Fehler aus der Vergangenheit korrigieren.

### **2. Was wir tun können**

#### **2.1 Schutz und Teilhabe**

Wird es auch in Zukunft noch genug Erwerbsarbeit für alle geben? Wie begegnen wir der Überalterung unserer Gesellschaft und wie gehen wir mit Zuwanderung um? Und wie schützen wir uns vor Marktversagen und Ausbeutung?

Wir sind überzeugt: jeder und jede hat Anspruch auf eine Erwerbsarbeit, die Teilhabe am sozialen Leben ermöglicht. Dieses Menschenrecht können die Tarifpartner nur gemeinsam mit einem starken Staat erfüllen, den wir als SPD erkämpfen müssen. Dieser muss erstens für alle die gleichen Lebensvoraussetzungen schaffen, damit nicht Herkunft oder Geschlecht, sondern Chancen den eigenen Lebensweg bestimmen. Dabei wollen wir die Erwerbstätigkeit von Frauen im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit besonders fördern. Zweitens muss der Staat die Arbeitswelt aktiv mitgestalten, also vorhandene Arbeit besser verteilen und für gute Löhne sorgen, um so Marktversagen entgegenzutreten. Drittens muss er Arbeitslosigkeit verhindern und bei Verlust der Arbeit ohne Bedingungen Schutz bieten. Und viertens muss der Staat für eine verlässliche und ausreichende Rente im Alter sorgen. Alle diese Ziele wollen wir national erreichen und müssen dabei gleichzeitig europäische und globale Ansätze verfolgen.

#### **2.2 Zusammenstehen und mitentscheiden**

In den letzten Jahrzehnten gerieten die Rechte von Beschäftigten unter anderem wegen einer international vernetzten Wirtschaft, der wachsenden technischen Automatisierung und durch die Entstehung neuer digitaler Unternehmensmodelle unter Druck.

Wir sind überzeugt: wer arbeitet, der hat auch das Recht auf gute Arbeitsbedingungen. Erfolgreiche Unternehmen sind kein Selbstzweck, sondern sie stehen im Dienst unserer Gesellschaft und ihrer Beschäftigten. Daher müssen sie mit einer starken Mitbestimmung organisiert sein, die Gleichberechtigung und Diversität garantiert. Und zweitens muss ein umfassender Arbeitsschutz die psychische und körperliche Gesundheit der Beschäftigten sichern. Um dies zu garantieren, müssen sich Beschäftigte in ihren Betrieben, aber auch jenseits ihrer Branche und auf europäischer Ebene organisieren und solidarisieren. Dafür brauchen wir starke Gewerkschaften und Betriebsräte, deren erste politische Ansprechpartnerin die SPD und die europäische Sozialdemokratie sind.

### **2.3 Selbstbestimmung und Anerkennung**

Nicht nur unsere Arbeitswelt wandelt sich, sondern auch unsere persönlichen Prioritäten und Bedürfnisse. Freizeit und Selbstbestimmung sind heute genauso wichtig wie faire Bezahlung. Der männliche Alleinversorger gehört der Vergangenheit an, Frauenerwerbstätigkeit und Arbeiten in Teilzeit sind heute selbstverständlich. Daran müssen wir unser Steuer- und Sozialversicherungsrecht anpassen.

Wir sind überzeugt: auch in Zukunft müssen die Menschen und ihre unterschiedlichen Lebensentwürfe im Mittelpunkt der Arbeitswelt stehen. Jeder und jede hat das Recht auf eine sinnvolle Arbeit, die Selbstverwirklichung ermöglicht und das ortsunabhängig – egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Dafür müssen wir als SPD auch die Vielfalt von Leitbildern jenseits der Erwerbsarbeit wie Sorge- oder Familienarbeit anerkennen und unterstützen. Angesichts von zeitlicher und räumlicher Entgrenzung von Arbeit müssen wir das selbstbestimmte Leben schützen, damit Freiräume für Freizeit und Familie gesichert bleiben.

### **2.4 Mithalten und gestalten**

Noch nie war die Bedeutung von Maschinen und Künstlicher Intelligenz so groß, noch nie konnten so viele Daten über Individuen gesammelt werden und noch nie mussten sich Beschäftigte so schnell mit neuen Anforderungen und Bedingungen zurecht finden.

Wir sind überzeugt: Damit technischer Fortschritt und Innovationen eine Chance sind, muss sichergestellt werden, dass sie das Leben von Menschen erleichtern und die natürlichen Ressourcen schonen. Digitalisierungsgewinne dürfen nicht nur wenigen gehören, sondern von ihnen muss unsere ganze Gesellschaft profitieren. Um gläserne Beschäftigte zu verhindern, sind moderne Regelungen für Privatsphäre und Datenschutz notwendig. Vor allem müssen wir aber unsere Bildungseinrichtungen weiterentwickeln: Kinder und Jugendliche müssen in unseren Schulen auf die digitale Arbeitswelt der Zukunft vorbereitet werden; an die Schulbildung anschließend brauchen wir moderne Weiterbildung, um Beschäftigung mit Weiterqualifizierung und lebenslangem Lernen sichern zu können.

### 3. Unsere Forderungen

- In Deutschland muss der Mindestlohn auf mindestens 12 Euro pro Stunde angehoben werden. Langfristig muss ein europäischer Mindestlohn eingeführt werden.
- Das Existenzminimum – welches einer lebensrealitätsnahen und transparenten Neuberechnung unterzogen werden muss – darf auch nicht durch Sanktionen unterschritten werden. Vielmehr müssen Anreize geschaffen werden, um der Erwerbslosigkeit zu entkommen. Das Modell des bedingungslosen Grundeinkommens lehnen wir ab.
- Der ArbeitnehmerInnen-Begriff muss auch auf Gruppen ausgeweitet werden, die nicht unmittelbar in einem Unternehmen angestellt sind, aber von ihm abhängen. Die Rechte von ArbeitnehmerInnen und Mitbestimmung müssen für alle Beschäftigten gelten. Atypische Beschäftigungsverhältnisse wie Leih- und Zeitarbeit werden wir bekämpfen.
- Wir wollen ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften einführen und eine weitere Stärkung der Initiativrechte für Betriebsräte erreichen.
- Als Reaktion auf digitale Unternehmensmodelle muss das Betriebsverfassungsgesetz so angepasst werden, dass Betriebe nicht mehr allein als feste organisatorische, sondern als funktionale und ortsunabhängige Einheit definiert werden.
- Bei Unternehmensinsolvenzen müssen die Belegschaften ein Vorkaufsrecht erhalten.
- Die allgemeine Arbeitszeit muss bei vollem Lohnausgleich auf 35 Wochenstunden reduziert und durch Möglichkeiten einer Familienarbeitszeit sowie durch die Brückenteilzeit ergänzt werden. Weitere Modelle zur befristeten Reduzierung der Wochenarbeitszeit – wie beispielsweise die zweijährig befristete 28-Stunden-Woche der IG-Metall – unterstützen wir.
- Wir wollen die duale Ausbildung stärken und eine Ausweitung der Tarifbindung erreichen. Insbesondere die sozialen Berufe müssen durch eine Mindestausbildungsvergütung gestärkt werden. Dies gilt auch für vollschulische Ausbildungen, bei denen es zu prüfen gilt, welche Ausbildungszweige in das duale Ausbildungssystem überführt werden können.
- Ein lebenslang gültiges Chancenkonto in Höhe von 20.000 Euro muss eingeführt werden, um unter anderem Weiterbildungen oder Phasen beruflicher Neuorientierung finanzieren zu können.
- Die Arbeitslosenversicherung muss zu einer Arbeitsversicherung für lebenslange Qualifizierung weiterentwickelt werden.
- Ein Entgeltgleichheitsgesetz, das für die gleiche Bezahlung von Männern und Frauen sorgt, muss eingeführt werden.

Berlin, den 12. Juli 2018